

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 225 A einschließlich
Erläuterungen. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8-gewöhnliche
Zeile oder deren Raum 50 A.
Reklamierpreis 200 A.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidel, Hermann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Samstag, den 27. November 1920.

Postbezug
gemäß (M. 1) Nr. 10174

20. Jahrgang

Nr. 141

Ämtlicher Teil.

Nr. 418.

Alle Kriegsgefangenen russischer Nationalität, die im Jahre 1914 in Gefangenschaft geraten sind, haben sich somit für nach Russland zurückkehren wollen, mit Gepäck und ca. 1000 Mark Geld. Ein Transport in das Lager Cassel-Niederrhein zu begeben.

Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden ersuchen sich um entsprechende Benachrichtigung der betreffenden Arbeitsgeber.

Wiesbaden, den 24. Novbr. 1920.

Der Landrat. J. B. Kobl.

Ordnung

für die Erhebung eines Zuschlages zur Grund-
erwerbsteuer in der Gemeinde Driedenbergen.

Auf Grund des § 34 des Grundsteuer-
gesetzes vom 12. September 1919, des preussischen
Gesetzes vom 7. Mai 1920 (Ges. S. 278) und
des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 18.
November 1920 wird für den Gemeindebezirk Drie-
denbergen folgende Steuerordnung erlassen.

§ 1.

Bei den im Grundsteuererwerbgesetz vom 12.
Sept. 1919 vorgesehenen Steuerfällen erhöht die
Landgemeinde Driedenbergen einen Zuschlag, der
1/2 (einhalb) vom Hundert des der Berechnung der
Grundsteuer zu Grunde gelegten gemeinen
Wertes oder Veräußerungspreises beträgt.

§ 2.

Diese Ordnung tritt mit dem 1. Dezember 1920
in Kraft.

Driedenbergen, 18. Novbr. 1920.

Der Gemeindevorstand:
Wüller, Bürgermeister.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. November. Die zweite Lesung
des Haushaltsplanes wird fortgesetzt beim
Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages.
Dazu liegen eine Reihe von Entschlüssen des
Auswärtigen vor. So wird die Regierung ersucht, bei
den Ländern erneut auf eine möglichst weitgehende
Entlastung der vormaligen eisen-industriellen Be-
triebe zu drängen. Dem Reichstage soll eine Denkschrift
über die Kosten des Überauschusses der alliierten
Mächte für die Unterhaltung der Besatzungs-
truppen, sowie über die vom Reich gemachten Ge-
leistungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag
vorgelegt werden. Ferner soll auf die Herabsetzung
der Besatzungsziffer und auf Begrenzung der Kosten
geachtet werden. Schließlich soll dahin gewirkt werden,
dass Kriegsmaterial aus Friedensländern zur
Wiederherstellung zerstörter Kirchen und Verwen-
dung findet. Die Kosten für den Überauschuss werden
von 20 auf 40 Millionen Mark erhöht.

Abg. Breitfeld (M. r.) berichtet über die
Ausgabenberatungen.

Abg. Wels (Soz.): Der Friedensvertrag muss
revidiert werden. Besteht aus den für die
Wiedergutmachung geforderten Zahlen, dann ist
die Schuldlast Europas gekommen. Dann be-
ginnt der Kampf zwischen Ost und West.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simon stellt
fest, dass man die Zahlungen unserer Verpflichtungen
in der Vergangenheit.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) weist auf die große
Zahl der gegnerischen Besatzungstruppen hin. Die
ganze Kultur leidet darunter, dass die Rheinländer
Bewässerung des Staatsinteresses preisgegeben ist.
Dem Helmsinn der Rheinländer gegenüber der Dant
des ganzen Volkes. (Beifall.) Die Aufgabe des
Reiches müssen gleichmäßig auf alle Länder verteilt
werden.

Abg. Dr. Reichert (D. n.): Wir sind in
mangelnder Abhängigkeit vom Ausland geraten.
Deutschland weiß ja nicht einmal, wieviel es zu zahlen
hat. Jeder ausländische Soldat kostet 100 000 A.
Jeder Defizit der Rheinländer kostet 200 000 A.
Schließlich. Ein einmütiger Protest der Regierung, des
Reichstages, des ganzen deutschen Volkes tut not.
Wie wenig erscheint doch dagegen der deutsche Milli-
tarismus.

Abg. Dr. Gaps (D. n.): Nach dem Etat soll
das um 8 Millionen kleinere Deutschland das 5- und
6fache von früher aufbringen. Das ist unmöglich.
Die Niederlage Frankreichs hat das Sowjetregime ge-
schaffen. Wenn russische Truppen heute wieder an der
ostpreussischen Grenze erscheinen würden, so stößen
sie auf ein demokratisches Volk. Der Boden für den
Kommunismus ist auch in Deutschland bereit. Die
Entente darf den Bogen nicht überspannen, aber auch
wir müssen in erster Arbeit zusammenstehen.

Abg. Breitfeld (M. r.): Auch wir fordern
die Wiedergutmachung des Friedensvertrages, weil die Ver-
teiler der Hauptlasttragenden sind. Sowohl Deutsch-
land als auch Frankreich leiden Mangel an Kohlen.
Es ist nicht klar, an den Rhein zu tun und doch zu
erklären, man würde es für einen feindlichen Akt
ansprechen, wenn das Ruhrgebiet besetzt würde. So
leichtfertig darf man nicht dem „feindlichen Akt“ nicht
spielen, sonst werden die Truppen der Besatzung noch

mehr verstärkt. Eine G-fahr bildet nur die mangel-
hafte Entwaffnung in Bayern. An Frankreich mehr-
ten sich in letzter Zeit die Verschönerungsstimmen.

Abg. Krell (Dem.) bespricht die Wirkung der
Interpellationsdebatte auf das Ausland und begrüßt
die Unterstützung, die wir in Holland finden. Man
will nicht, dass deutsche Minister im Rhein-
land sprechen. Ein Volk verweigert sich sogar zu der
Drohung, dass Herr Dr. Simon und Herr Fehren-
bach in Mainz und Wiesbaden überhaupt nicht mehr
reden dürfen. Wenn man hier im deutschen Reichs-
tag keinen Tag vorübergehen lässt, ohne sich die
Schuld an dem Vergangenen zuzuschreiben, so depre-
miert das im besetzten Gebiet. Das kann auch nicht
zur Beschleunigung der Revision des Friedensver-
trages beitragen, sondern erscheint höchstens als von
der Parteipolitik diktiert. Gegen das schmerzliche
Zugestehen gewisser Kreise im Rheinland muss die
Zugestehen noch etwas stärker angesetzt werden.
Wien Freund Dornburg hat mir mitgeteilt,
dass allein die Kosten der amerikanischen Besatzung in
Amerika auf 15 Milliarden geschätzt werden. Chur-
schil schätzt die Kosten der englischen Besatzung auf
5 Milliarden Mark im Jahre. Wir stehen daher,
dass die 40 Milliarden nur ein Bruchteil der wirk-
lichen Kosten ausmachen werden. Dazu kommen
noch die großen Schäden unserer Wirtschaft infolge
der Einfuhr aller möglichen Luxuswaren und Genuss-
mittel. Ich schreibe mit einem Protest gegen den Ver-
trag von Versailles. Wir fordern die Beibehaltung
des Vertrages, weil erst dann der Weg frei wird für
die Volkerverständigung, wie wir sie auflösen. Wo
sind eigentlich die Haupt der Christenheit in den
anderen Ländern, dass sie nicht ihre Stimme erheben
gegen den Versäufel Vertrag? Wo sind die Vertreter
des Christentums in England und Amerika, abge-
sehen von den Quäkern, dass sie mit ansehen können,
dass tausende deutsche Kinder zu Grunde gehen und
Millionen Deutscher sterben oder auswandern
müssen? (Beifall.)

Abg. Fries (M.): Eine Verbesserung kann nur
durch eine revolutionäre Erhebung des internationalen
Proletariats herbeigeführt werden. Die Rechte
hat zu schweigen, denn sie haben ganz Europa unter
Preussens Polizeiaufsicht stellen wollen. Nach den
Vorgängen in Bayern bedauern wir erst, dass die Ar-
beiter die Waffen abgelegt haben. Angehörig Ge-
schädigten werden im Rheinland hohe Summen ohne
Nachweis des Schadens gezahlt.

Abg. v. G. (D. n.): Ich weise in einer persön-
lichen Bemerkung die Behauptung zurück, dass er in
Hannover Revandgedanken propagiert habe.

Abg. Schultze (D. n.): Die Sum-
men zur Unterhaltung der aus den abgetretenen Ge-
bieten Vertriebenen reichen bei weitem nicht aus, sie
müssen im neuen Etat erhöht werden.

Der Etat für die Ausführung des Friedensver-
trages wird samt den dazu vorliegenden Entschlü-
ssungen des Auswärtigen angenommen, ebenso die Er-
höhung der Kosten für den Überauschuss gegen die
Summen der Deutsch-Nationalen und Unabhän-
gigen.

Donnerstag: Oberschlesien.

Berlin, 25. November. Es beginnt die zweite
Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung
eines Bundes Oberschlesien (Autonomiegesetz). Hier-
zu liegt ein Antrag der Unabhängigen vor auf Ein-
setzung einer Kommission zur Vorbereitung der
Reorganisation Deutschlands aufgrund der natür-
lichen landwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie der
wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung.

Reichsminister Fehrenbach: Der Tag der
Abstimmung naht. Das genaue Datum wissen wir
noch nicht, jedenfalls aber im Monat Januar.
Deutschland vermag ohne die Kohlen aus Oberschle-
siens nicht auszukommen und die Forderungen
des Kohlenabkommens von Spa nicht zu erfüllen,
wenn Oberschlesien von ihm losgerissen wird. Das
Deutschland wie Polen alles Mögliche tun, um die
Wähler in diesem Sinne zu beeinflussen, ist klar
und es wäre auch nichts dagegen einzuwenden,
wenn diese Agitation seitens der Polen mit den zu-
willingen Mitteln getrieben würde. Gegen den Ter-
ror der Polen müssen wir Einspruch erheben. Auch
die Polen haben Oberschlesien eine Autonomie ver-
sprochen. Die Oberschlesier aber werden sich daran
erinnern, dass sie ihr wirtschaftliches und kulturelles
Leben mit Deutschland verbunden haben, wäh-
rend Polen mit keiner zusammengewürfelten Be-
völkerung bisher noch den Beweis seiner Verläss-
lichkeit auf diesem Gebiete schuldig geblieben ist.
Die Frage der Autonomie ist ein entscheidender
Punkt geworden und alle Elemente haben sich in
dem vorliegenden Entwurf zusammengefunden.
Nicht alle Bedenken sind freilich beseitigt worden.
Über die Sachverständigen, und das sind vor allem
die Oberschlesier selbst, haben sich auf den Entwurf
gerichtet und selbst die preussische Regierung hat
ihre Ansicht geändert. Ich hoffe, dass seitens der
Alliierten alles geschehen wird, den Tag der Ab-
stimmung frei von jeder Beeinflussung und jedem
Terror verlaufen zu lassen. Um nun irgendwelche
Schäden zu vermeiden, und da weder eine äußere
noch eine innere Unterwerfung zu einer notwendigen
Debatte vorhanden ist, bitte ich, heute jede Debatte
zu vermeiden. Über das, was aus dem Herz be-
ruht, können wir später sprechen. Wir erwarten
von den Oberschlesiern, dass sie in der Frage der
Autonomie den Vorschlag nehmen werden, sich für ihre
sehr Zugehörigkeit zum Reich auszusprechen.

Abg. Bohlmann (Dem.) erläutert den Be-
richt des Ausschusses. Die Oberschlesische Frage ist
eine europäische Frage, denn den Verlust Ober-
schlesiens würde Deutschland und Preußen noch
mehr ertragen als alles andere. Der Entwurf
entspricht dem Selbstbestimmungsgefühle. Die
Reichsregierung wird ebenfalls bereit sein, etwa-
gen Wünschen der Oberschlesier zu entsprechen. Ober-
schlesien verlangt nicht von uns Treue. Treue um
Treue! Die Oberschlesier lieben ihre Heimat und

sind stolz auf ihre deutsche Kultur. Gewiss hat eine
starke polnische Agitation auch schon vor dem
Kriege bestanden. Trotzdem sind wir mit den
Polen ausgekommen. Jetzt aber, wo das Regiment
des Nordens und der Brandstiftung herrscht, zeigt
Oberschlesien erst recht seine deutsche Gesinnung. Da-
für danken wir ihm. Dieses Volk soll in Ober-
schlesien die Verfassung der beiden Nationen drin-
gen. Oberschlesien, seid Euch der Verantwortung
bewusst, die auf Euch ruht!

Abg. Schulz-Brumberg (Ztr.) erklärt, dem
Gesetz nicht zustimmen zu können, da seine Partei eine
wirtschaftliche Vereinigung Oberschlesiens durch das
Reich für unmöglich halte und Oberschlesien gar
nicht von Preußen loslöse. Die Lösung der Ober-
schlesiens werde der erste Schritt zur Zerrüttung
Preußens werden. Dazu werde seine Partei
nicht die Hand bieten. Oberschlesien wird uns höf-
entlich die Treue halten.

Abg. Dr. Herzfeld (Ztr.) bittet im Namen
Oberschlesiens und seiner Partei um Annahme der
Vorlage. Die Annahme ist vaterländische Notwen-
digkeit. Sie wird auch in Polen und ganz Europa
verstanden werden. Die Autonomie ist nicht nur
auf den Fortschritt der ober-schlesischen Bevöl-
kerung zurückzuführen. Sie entspricht auch den
Verprechungen der Reichsregierung. Sie ist das
beste Agitationsmittel gegen die Polen und bilde
nicht den Grundstein für die Zerrüttung Preu-
ßens. Dieser Ruf ist von deutsch-nationaler Seite
erhoben worden, obwohl die Deutsch-nationalen
Oberschlesiens sich in überwiegender Anzahl auf den
Boden der Autonomie gestellt haben. Der Redner
schließt mit der Bitte an die äußerste Linke, im
wohlverstandenen Interesse der Arbeiter, dem Ge-
setze zuzustimmen. Oberschlesiens Kohlenindustrie rei-
chen noch 2000 Jahre. Der ober-schlesische Boden
birgt aber noch andere Schätze: die Schätze der Ge-
bäude und im Kampf für die Scholle Gefa-
nen und viele sollen eine Wohnung sein, das
wir zusammengeführt im gemeinsamen Vaterlande.

Abg. Dronowski (Soz.): Der Arbeiter und
meiner Partei ist es schwer geworden, den
Autonomieplan anzunehmen. Wir haben aber
schließlich aus Zweckmäßigkeitsgründen unsere Be-
denken fallen gelassen. Die Arbeiter werden aus-
sich auf den Boden dieses Gesetzes stellen. Die
kommunistischen Oberschlesier, die sich größtenteils
aus Polen rekrutieren, sind entschlossen, für Deutsch-
land zu stimmen. Wie aber auch die Kommunisten
ausfällt: Die Enterte hat die Macht und es ist mög-
lich, dass sie den Plan eines Reichstaates mit Ein-
schluß polnischer und tschechischer Gebiete ins
Auge fasst. Tadeln werden die Arbeiter Front
machen. Schon mit Rücksicht darauf müsste jede
nationale Agitation vermieden werden, die außer-
dem nur geeignet ist, Zwiespalt in die Reihen der
Oberschlesier zu bringen.

Abg. v. Kardorff (D. n.): Ein Ueber-
gang an Polen bedeutet den Ruin der Kohlen-
industrie und die Proletarisierung der Bauern und Arbeiter.
Pakt das Selbstmord für Deutschland aus, so kann
die Enterte sich dieser Kundgebung nicht enthalten.
Auch uns fällt der Verlust für Preußen schwer. Wir
wollen diese Bedenken aber im Interesse Deutsch-
lands und der deutschen Debatte nicht laut werden
lassen. Alle Feinde der ober-schlesischen Pläne be-
tören, dass dieser Entwurf die Autonomie günstig
beeinflussen kann. Da ist es unsere Pflicht, dem
Gesetze zuzustimmen. Konsequenzen für andere
Vandereie lehnen wir entschieden ab. Treue im
Vertrag zu wahren, war immer deutsche Art.
Deutschland Helmsinn hat Oberschlesien vor dem
Schrecken des Krieges bewahrt. Das mögen die
Oberschlesier nicht vergessen.

Vad dem Reichstag der U.S.P. der Bayer.
Volkspartei und der Welfen sich für den Antrag
ausgesprochen haben, wird der Entwurf in zweiter
Lesung gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen
angenommen. Deswegen wird auch, da kein
Widerspruch erfolgt, die dritte Lesung erlassen.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung
einer Kommission von 23 Mitgliedern zur Vorbe-
reitung einer Reorganisation Deutschlands wird ab-
gelehrt.

Freitag: Anfragen, Interpellationen, darunter
die über den Berliner Elektrizitätsstreik, Anträge.

Brennliche Landesversammlung

Berlin, 24. November. Die Beratung
über die Einführung der Altersgrenze wäre ohne
wissenschaftliche Erregung verlaufen, wenn nicht der
Finanzminister einen Zündstoff in die Debatte ge-
worfen hätte. Der deutsch-nationale Abgeordnete
Weiskopf und der Volkspartei-Abgeordnete
Hollmann haben ihre Bedenken über die im Entwurf fest-
gesetzte Altersgrenze von 65 Jahren zum Ausdruck
gebracht und hinausgeschoben auf 68 bzw. 70
Jahre gehoben. Minister Ludemann glaubte, die
selben dadurch entkräften zu können, dass er den
Sinn des Gesetzentwurfs dahin auslegte, die Be-
amten, die von den liberalsten nicht anpassungs-
fähigen Beamten zu fäubern, was teilweise Un-
ruhe auf den Bänken der Rechten hervorrief. Die
Abstimmung ergab eine Ablehnung aller Anträge
auf Herabsetzung der Altersgrenze gegen die
Stimmen der Rechten und des Zentrums. Dann
wurde die Beratung des Aufstiegs fortgesetzt, ohne
sonderlich neue Gesichtspunkte zu fördern. Abg.
Kilian (Reum.) forderte hierbei kräftiges Ein-
schreiten gegen die Drängel. — Fortsetzung Don-
nerstag.

Berlin, 25. November 1920. Die Novelle
zum Kirchensteuergesetz für die katholischen Kirchen-
gemeinden wird endgültig angenommen. Die zweite
Haushaltsberatung wird fortgesetzt und der Aufst.

haushalt bewilligt. Angenommen werden die An-
träge der Sozialdemokraten auf Zulassung der
Frauen zum Aufstiegsberufungsamt und den
Prüfungen, sowie zum Richteramt und zur
Staats- und Rechtsanwaltschaft, ferner auf mögliche
Fortführung des Untersuchungsverfahrens wegen
der Brandstiftung vom 8. März. Auch der
Antrag der Demokraten, dem Reich dahin zu wir-
ken, dass Lehrer unterchiedlos zu Gehaltsanforder-
ungen und Schöffen berufen werden können, fand An-
nahme.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs
der Demokraten und Sozialdemokraten auf Verän-
derung des Landwirtschaftsministergesetzes. Der An-
trag geht nach kurzer Debatte an den Landwirt-
schaftsausschuss.

Der Entwurf zur Errichtung neuer Kultur-
ämter in Pommern und Schleswig-Holstein wird
endgültig angenommen. Die Regierung wird durch
diese Vorlage zugleich ermächtigt, die bei Preußen
verbleibenden Teile von Posen und Westpreußen
den angrenzenden Landesverwaltungen zuzuteilen.
Der Entwurf zur Ergänzung des vorjährigen
Staatshaushaltsgesetzes für 1920 wird ebenfalls
endgültig angenommen.

Beim Haushalt der Polizeiverwaltung befür-
wortete Abg. Klotz (M. S.) den Ausdrucksantrag,
die freimendenden Polizeieinnehmerstellen Kriegs-
beschädigten zu übertragen, und zwar nicht nur
Offizieren. Nach kurzer Debatte wird der Antrag
angenommen. Dieser und andere kleine Haus-
halte werden bewilligt.

Beim Etat des Wohlfahrtsministeriums bean-
tragt Abg. Dornowski (Soz.) eine klare Abgrenzung
der Zuständigkeit des Ministeriums, das der finan-
ziellen Seite wegen noch nicht als habe letzten
können. Reformbedürftig sei das Fürsorgever-
fahren. Die Arbeitslosenfrage bedürfe
verstärkter Unterstützung des Staates. Abg. Doll-
mer (Deutschn.): Die finanzielle Lage ist so
trocken, dass wir dem Finanzminister Dant wissen
müssen, dass er das Allernotwendigste für die
Kleinaufgaben des Wohlfahrtsministeriums be-
willigt hat. Die Wohnungsnot ist noch viel
schwerer. Der Hausbesitzerstand ist in großer
Verarmung. Zur Abhilfe ist ein 100pro. Mietschutz
erforderlich. In der Arbeitslosenfrage muss
nach Mitteln gesucht werden, ob der Staat für das
vielleicht beste Arbeitsgelegenheit schafft.

Hierauf vertont sich das Haus. Freitag: Dritte
Lesung der Verfassung.

Tages-Rundschau.

Berlin, 24. Juni d. J. übernahm die deutsche
Regierung der Volkskammer ein Komitee, worin
die Auswärtigen der alliierten Militärmächte
mandat in Duisburg, Mannheim und
Karlsruhe verhandelt werden war, da sie dem Ver-
sailer Vertrag widersprachen. Die Volkskammer
lehnte diese Maßregel ab. Sie be-
hauptet, dass die betreffenden Truppen keine Diszi-
plinstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, die
auf Grund der Annahme zur Wahlmilitärkon-
vention und des Artikels 12 des Versailer Vertrages
eingesetzt seien, um die Schiffe auf dem Rhein
zu bewachen. Wie wir sehen, wird dieser Stand-
punkt von der deutschen Regierung nicht anerkannt.
Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die gemeinsame Not der Wissenschaft.

Berlin. Zu einer öffentlichen Kundgebung
in großem Stil gestaltete sich der sehr gut besuchte
parlamentarische Abend, der im Reichstag auf Ein-
ladung des Reichsministers des Innern stattfand.
Der Minister Dr. Koch legte in einer einleitenden
Rede dar, wie groß die Gefahr sei, die er Wissen-
schaft durch Verarmung drohe. Er nehme mit Dant
davon Kenntnis, dass der Finanzminister ihm 20
Millionen zur Abhilfe zur Verfügung gestellt habe,
aber diese Summe genüge nicht. Geheimrat Prof.
v. Harnack lenkte darauf hin, wie ein Fortbau unse-
rer Kultur ohne Wissenschaft nicht möglich sei.
Eine besonders eindringliche Darstellung über die
Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Wirt-
schaft gab Professor Dr. Haber, der Direktor des
Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie. Er legte
dar, wie die wissenschaftlichen Entdeckungen uns
dazu verhelfen hätten, den Weg vom Agrarstaat
zum Industriestaat zurückzulegen, wie bei dem zu-
nehmenden Schwinden der Rohstoffe und der Zie-
gerung der menschlichen Bedürfnisse die Wissen-
schaft hier eine Rolle ausfüllen müsse, und um dies
zu ermöglichen, dürften wir nicht aufhören, For-
schungen zu ergreifen. Wir träten vielleicht, wie ein Be-
lehrter behauptet hat, jetzt aus dem Zeitalter der
Schwermetalle in das der Leichtmetalle über. Da
eine vermehrte wissenschaftliche Arbeit bedürfe.
Ebenso eindringlich stellte der nächste Redner, Pro-
fessor Dr. v. Müller, dar, wie sehr unsere Volk-
sgeundheit darunter leiden müsse, wenn die Labo-
ratoriumsarbeit aus Mangel an Mitteln in ihrem
Eifer erlahmen würde. Im Gegensatz zu früheren
Kriegen seien wir diesmal während des Weltkrie-
ges von Epidemien drücken und zu Hause verarmt
geblieben. Nach dem Kriege aber erfordert die
Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten die
schärfste Abwehr. Diese zu ermöglichen in einer
Zeit, wo die Kosten von Apparaten und Werkzeu-
gen jeder Art ins Unberechenbare gestiegen seien,
müßten alle Kräfte angespannt werden. Der frühere
Staatsminister Dr. Schmidt-Ditt sah darauf ein
kurze Uebersicht über den bereits erfolgten Zu-
sammenbruch der wissenschaftlichen Institutionen. Da-
mit schloß der Abend, der über die Not und die

tragen un
waffnaba
hören.
Hoch
werken a
baßt der
der Farb
für die G
Frau
gerauner
Aberberg
werden n
und es is
griffen. W
Dienst zu
Wagistrat
Konzeßion
daß lig i
40 bis 50
— 3
sollte aus
Krädel v
brit am C
hatte er i
jaßt —
Id
die Ber
und Pa
neut bes
diesem sc
anderen
sichtliche
Jean
Heller
sehr leich
Drud. 2.
nicht zu
— 8
helm und
sindliche
Kryein
Bläße un
Nachdem
anderen
Gazin an
einen Sch
in der D
griffen un
— 1
der Stadt
Gruß;
rat und d
sybels m
in die Es
mit diese
Angehör
sewe fre
dend zum
in de
durch Fir
ten tatter
Untager
schah sich
Herb
Randlöge
Bahnstei
Bafel mi
Schieber
Natun
Unterfah
falls in d
zuholen.
Mal
obachtet,
Silberze
wurde se
den zwä
Pauze bei
darfäde
Schriem
maschinen
schaltst
schah ne
Mal
Jernm
Inlanter
marß i
funden i
tuchung
se aufst
straße er
weil bei
ins unbr
lassen bo
500 Pro
Kolonial
Gefährn
ginga für
verbot.
Je. R
de z. R
Beschun
aus W
staden.
Dier stin
einem T
nach 20
von ein
Nie
finanzm
"Barr".
Rierstei
stillstand
lern mu
digan
nen W
hindern
Dafeln
—
Brandb
Sonat
im Frü
scheiden
war ma
die Flar
hoch zu
fanden
Echeun
Kebeng
riefige
sowie k
Kri qim
Hunder
stimmth
auf ein
Besoll
—
ein le
kuchte
William
Percht
Pesthe
räume
män. C
auf de
blätter
noch
dem R
schelle

tragen und die Stellungnahme der Regierung in
Hinsicht auf die Fortsetzung der Eisenbahn zu
hören.

Hochst. Da bei dem am Sonntag in den Ger-
ichten ausgebrochenen Brand der dringende Ver-
dacht der Brandstiftung vorliegt, hat der Vorstand
der Feuerwehre eine Belohnung von 2000 Mark
für die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

Frankfurt. Von der Brauerei zur Chemie. Seit
geraumer Zeit ist der Betrieb der Kaserbergbrauerei,
Kaserbergweg 104, stillgefallen. Die Brauereigebäude
werden nun zu einem Fabrikbetrieb umgewandelt,
und es ist eine chemische Fabrik im Entstehen be-
griffen. Wie in einer Versammlung des Vereins der
Chemiker der Stadt, wird eine Eingabe an den
Magistrat gerichtet, daß er die etwa schon erteilte
Konzession wieder zurückziehe. Man ist der Meinung,
daß sich das Gebäude recht gut eignet, auch
40 bis 50 Wohnungen herzustellen.

Zu einem Straßengericht in Frankfurt
sollte aus der Haft auch der bekannte Einbrecher
Kreisel vorgeführt werden, aber er war durch Krank-
heit am Erscheinen verhindert. Und diese Krankheit
hatte er sich selbst zuzuschreiben, denn er ist in der
Haft — ein Schnitzmesser.

Die Zahl der ungeheuren Milchmengen nimmt
die Vereinfachung der Schläglinie in den Konditionen
und Heilets mehr und mehr überhand. So sind er-
neuert deshalb scharfe Bestimmungen ergangen, um
diesem schmerzhaften Treiben Einhalt zu tun. Vorher
anderen Strafen steht den Betreffenden die unzu-
fällige Schließung der Betriebe in Aussicht.

Frankfurt. Hier sind gegenwärtig wieder fassende
Reisebestimmungen in Umlauf. Sie erkennen sich
sehr leicht an folgenden: 1. auffallend schlechter
Druck, 2. der Titel in der Mitte ist als solcher fast
nicht zu erkennen.

Kann da ein älterer Herrmann nachts spät
heim und wollte sich sein geistes die Kälte stark emp-
findliches Gesicht nach der Gewohnheit gemäß mit
Glycerin einreiben. Er suchte in der Dunkelheit die
Flasche und fand sie nach längeren Bemühungen.
Nachdem er sich eingerieben, legte er sich zu Bett. Am
anderen Morgen wurde er durch einen Schrei seiner
Gattin aus dem Schlummer geweckt. Sie hatte
einen Schreier neben sich liegen. Ihr Mann hatte
in der Dunkelheit die Flasche mit — Kopierstift er-
griffen und sich eingerieben.

Das erste Festzug aus Vörrath brachte
der Stadt Frankfurt a. M. nachstehenden Sonntag
Abend: Am Sonntag 1920 fanden der Gemeinde-
rat und die Bevölkerung der Stadt Vörrath im Lande
Heils mit dem ersten Festzug nach Frankfurt
in die Stadt Vörrath hergebrachte deutsche Gräber. Auch
mit diesem äußeren Festzug bekennen wir uns als
Angehörige des Reiches, das vom Dauteln ins
Jahre 1900, Raum und Zeit immer mehr überwin-
dend zum Wohle von Volk und Menschheit.

10. Homberg. Drei junge Leute, die in Oberst-
durch Einbruch in ein Fahrrad und Schmuckstücke ge-
haben hatten, wurden verhaftet und auf dem hiesigen
Untersuchungs-Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Entlassung
sollte sich der eine von ihnen.

Herborn. Einen guten Hund machte dieser Tage
Vandliger Jupp. Derselbe fand nämlich auf dem
Bahnhof 2 am hiesigen Bahnhof ein verlassenes
Fahrrad mit 16 Rädern, das ein Bandwurm über
Schleier ausging, weil er den Vandliger Jupp bei
Ankunft eines Zuges von den Nebenbahnen in der
Unterführung beobachtet, weggenommen hatte, jeden-
falls in der Absicht, sobald die Luft rein ist, es wieder-
zugeben.

Mainz. Am Hauptbahnhof wurde ein Mann be-
obachtet, als er vom Bahnhofs im Restaurations-
Sitzplatz in seiner Tasche verpacktes Geld. Er
wurde festgenommen; bei seiner Durchsichtigung wur-
den zwölf hiesige Reichsmark gefunden. — Im
Lande der letzten Tage wurden hier und in den Nach-
barräumen aus Geldversteckungen und Bureaus wieder
Schreibmaschinen gefunden. Bei der von Schreib-
maschinen sollen in den Mittagsstunden und bei Ge-
schäftsbesuchen die Schreibmaschinen unter ständiger Ver-
sicherung stehen.

Mainz. Hiesiges Polizeigebäude. Ein Ra-
tionalisierer aus Kassel hatte seine Rahmen deutsche
Infanterieuniformen, die er beim großen Truppen-
marsch im November 1918 in der Pionierkaserne ge-
funden hatte nicht abgegeben. Bei einer Haus-
suchung durch die französische Gendarmen wurden
sie gefunden. Strafe 100 Mark. — 600 Mark Geld-
strafe erhielt ein Arbeiter aus Mainz-Kastell, weil
bei ihm ein Revolver gefunden wurde, den ein
ins unbedeutende Gebiet verbannter Arbeiter zurückge-
lassen hatte. — Ein Gastwirt aus Tingen wurde zu
100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er an farbige
Kolonialwaren in seiner Wirtschaft erhebliche
Gehälter (Hörs) verabschiedet hatte. Außerdem er-
gibt für die Wirtschaft bis 30. November Militär-
verbot.

10. Kriegsgericht am Hauptquartier
der Rheinarmee. Aus einer Gruppe der
Belagerungstruppen in Mainz hatte Peter Schoppert
aus Weidenau mittels Einbruchs Autoreifen ge-
stohlen. Urteil: Zwei Jahre Gefängnis. — Das
Dienstmädchen Anna Hoff aus Wundt wurde bei
einem Maler in Stellung und entwendete nach und
nach 2000 Francs. Sie erhielt die Mindeststrafe
von einem Jahr Gefängnis.

Mecheln. Einen Offenen Brief an den Reichs-
finanzminister veröffentlicht die „Rheinischer
Warte“, worin sie Beschwerde führt, daß drei
Rheinischer Schiffer, die auf Grund des Waffen-
stillstandes ihre Schraubenpumpen ablie-
fern mußten, bis heute weder Ertrag noch Entschä-
digung erhalten haben. Man habe sie mit Klei-
nen Monatsgehältern abgefunden, die nicht ver-
hindern könnten, daß die Schiffer schwer um ihr
Dasein zu kämpfen hätten.

Georg-Offheim. Von einem furchtbaren
Brandunglück wurde die hiesige Gemeinde am letzten
Sonntag heimgesucht. Als viele Einwohner bereits
im Festgottesdienst waren, brach plötzlich an ver-
schiedenen Stellen ein heftiger Feuer aus. Kaum
war man zum ersten Brandherd geeilt, da tobten
die Flammen auch schon an mehreren anderen Stellen
hoch zum Himmel empor. In kurzer Zeit
standen 9 Bauernhöfe in Flammen. Sieben
Schweine und eine Anzahl Ställe und andere
Rezeptionsräume wurden vollständig eingeäschert. Eine
riesige Menge von Stroh, Heu und Futtermitteln,
sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller
Art waren verloren. Der Schaden geht in die vielen
Hunderttausende. Alle Anzeichen deuten auf Ver-
brennung auf böswillige Brandstiftung und zwar
auf eine Racheaktion gegenüber der landwirtschaftlichen
Bevölkerung hin.

Georg-Offheim. Das große Brandunglück, das
am letzten Sonntag die hiesige Gemeinde heimgesucht
hatte und einen Schaden von über einer halben
Million an Gebäuden, Geräten, Holz und anderen
Vorräten verursachte, ermöglichte eine interessante
Feststellung. Nach Wochen und später beim Aufräu-
men der noch stehenden Schornsteine entdeckte
man große Vorräte verfaulten Getreides, Weizen
aus dem Herborn, unter Stroh, Heu oder Rüben-
blättern. Womöglich kam es während des Brandes
noch zu billigen Preisen. Nach sonst wurde bei
dem Brande sehr viel verbrannt, so daß die Preis-
sätze in Zukunft gesenkt werden müßten, um die

Diebstahl zur Rückgabe der geraubten Güter aufzu-
fordern.

Id. Dornberg. Einem Bankrott wurde, wäh-
rend auf dem Felde war, aus seiner Wohnung
für 30 000 Mark Papiergeld gestohlen: vielleicht
bringt der Mann jetzt ein anderes Geld auf die
Sparksche.

Id. Wehr. In der Sonntagsnacht wurden
durch Einbruch in den Dom sechs große silberne Leuchter,
zwei hiesige Leuchter, eine elbische Leuchte
Christusfigur u. a. m. gestohlen.

Kreuznach. Die hiesige Stadt im Gaspreis ist
Kreuznach mit 1.60 Mark. Trotzdem muß aber-
mals der Gaspreis erhöht werden. Auch der
elektrische Strompreis ist hier sehr hoch.

Die Fahrt zur Reichstagswahl in Ober- schlesien.

Der Deutsche Schutzbund, Berlin NW 52, in
dessen Hand die Vorbereitungen für die Reise aller
Reichstagswahlberechtigten liegen, die außerhalb
Oberschlesiens wohnen, teilt uns mit:

Jeder Oberbeschäftigte, der sich bei den Vereinten
Verbänden heimatischer Oberschlesier angemeldet
und den Abkündigungsausschuss erhalten hat, kann an
der Wahlreise teilnehmen, ohne daß ihm in
bezug auf Reise, Verpflegung und Unterkunft Gel-
dengaben entzogen.

Für die Reise erhält der Wahlberechtig-
te einen Reiseausweis, den sogenannten Ab-
kündigungsausschuss. Dieser wird auf dem Namen
des Abkündigungsausschusses und dem Ab-
kündigungsausschuss zur Legitimation gegenüber den
deutschen Hilfsorganisationen. Ort und Zeit der
Ausgabe der Reiseausweise werden durch die Tages-
zeitungen bekanntgegeben. Die Beförderung er-
folgt in der Hauptsache in Sonderzügen. Die Son-
derzüge verkehren zehn Tage vor bis zehn Tage
nach der Wahlreise. Wichtige betreffend die Zeit
des Antritts der Reise und Rückreise werden nach
Möglichkeit erfüllt und sind bei der Ausstellung der
Reiseausweise anzugeben. Reiseausweise sind im
allgemeinen für die 3. Wagenklasse ausgestellt. Wer
die Sonderzüge nicht benutzen kann, läßt sich einen
Reiseausweis für einen Zug des öffentlichen Ver-
kehrs ausstellen. Für die Benutzung von 2. Wagen
oder einer höheren Wagenklasse, die nur bei den
Zügen des öffentlichen Verkehrs zulässig ist, muß
der Reisende die Mehrkosten selbst tragen. Nur
alte, kranke und freibewährte Personen, die die
Notwendigkeit der Benutzung von 2. Wagen oder
der 2. Wagenklasse durch amtliches Zeugnis
beweisen, erhalten die Mehrkosten, wenn der
Antrag vor Antritt der Reise gestellt wird. Fahrt-
unterbrechung ist bei den Sonderzügen der Hin-
reise nicht gestattet, bei der Rückreise ist eine ein-
malige Fahrtunterbrechung zulässig. Bei den
Zügen des öffentlichen Verkehrs gelten für Fahrt-
unterbrechungen die allgemeinen Bestimmungen der
Eisenbahngesetzgebungen. Alle mit Sonderzügen rei-
senden Wahlberechtigten werden kostenfrei ver-
kostet. Frühstück und Abendessen sind mitzubringen,
ebenso für die Hinreise Brot. Brot kann auch sonst
im Rahmen der freien Verpflegung nur gegen Ab-
gabe von Reichsbanknoten vertrieben werden. Wer
einen Zug des öffentlichen Verkehrs zur Reise be-
nutzt, hat keinen Anspruch auf eine Gegenleistung,
sonst wird verweigert zu werden. Im Wahlreisungs-
ausweis wird kostenlose Verpflegung für die Dauer
von zehn Tagen geboten.

Für freie Unterkunft wird für die Dauer der
Reise dort anerkannt, wo der Reisende auf An-
sicht der Sonderzüge warten muß. Im Wahl-
reisungsausweis liegt das Deutsche Reichstagswahl-
gesetz vom 1. 11. 1918 (Wahlrecht, Clemens-Hof) für
kostenlos Unterkunft auf die Dauer von zehn Tagen.
Bei den Wahlreisungsabteilungen, die in den
anderen Teilen des Reichs (außerhalb Oberschlesiens)
wohnen, wird die Unterbringung am Wohnort
im Durchschnitt zwölf Tage betragen. Danach muß
sich jeder Reisende mit dem Gepäck einrichten.
Kostentfrei wird nur Nachspeise besorgt. Die Mit-
nahme von Waffen ist strengstens untersagt. Kin-
der können auf die Reise nicht mitgenommen wer-
den. Bei Unterbringung und Verpflegung allein zu-
reichender Kinder und Familienmitglieder wird
im Wohnort nach Möglichkeit gesorgt werden.

Gegen Unfall sind die Wahlberechtigten ver-
sichert. Gegen Verlust des Reiseausweises ist jeder
Wahlberechtigten bis zur Höhe von 1000 Mk.
versichert. Über die freie Reise, Verpflegung und
Unterstützung hinaus werden im Reichsbahn- und
Reichspostministerium gebitt. Alle Anträge auf
Unterstützung und auf Darlehen jeder Art
müssen vor Antritt der Reise gestellt und bewilligt
sein.

Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im
Reichs-, Staats- und Kommunaldienst erhalten für
die Wahlreise Sonderurlaub unter Fortbe-
haltung der Gehälter oder Löhne. Ebenso wird die
Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt, wenn der
Nachweis der Teilnahme an der Wahlreise er-
bracht wird. Für Angestellte und Arbeiter im
Reichsbahn- und Reichspostdienst wird ebenfalls
Sonderurlaub unter Fortbezug von Gehalt oder Lohn gewährt. Die
größten Arbeitgeberverbände haben sich hierzu fast
ausnahmslos schon bereit erklärt.

Die beiden hatten keine Ahnung, daß sie be-
sichtigt wurden, und zwar von keinem geringeren
als dem Grafen selbst.

Der Herr Graf war ein schöner Mann,
nicht viel älter als Klaus, ein vornehmes, gütiges
Gesicht ließ erkennen, daß er seinen Untergebenen ein
gerechtes, wohlwollendes Herr war.

Klaus hatte durch seine Heilbesuche das
Leben seines einzigen Sohnes gerettet, dadurch
fühlte Klaus sich dem Grafen verpflichtet.
Außerdem aber fand er viel Sympathie für den
schlichten, treuerhuldigsten Menschen, in dessen Augen
sich die Grabschuld wiederholte.

Mit Vergnügen lauschte der Graf dem Ge-
spräche des jungen Paares. Vorherlag das er den
Sweiz einer Tanne ein wenig auseinander. Er war
ein begeisterter Verehrer des Schönen, liebte es ho-
her auch, in seiner Umgebung nur gesunde, hübsche
Menschen zu beschaffen.

Dieses Mädchen mit dem strahlenden Aus-
sehen, der blühenden Gestalt, ja, das wäre eine
Sonne für seine junge Gemahlin, die er anbetete.

Reichlich empfahlen trat er vor. Da könnte doch
wohl Rat werden, sagte er freundlich herablassend.
Wenn die Fräulein — er hatte den Namen ja mehr-
mals von Klaus gehört — durchaus gern auf
Schloß kommen will, so werde ich sie der gnädigen
Frau empfehlen. Möglich, daß sie noch Verwendung
für ein junges Mädchen hat. Wirst Du schon in
Stellung, Fräulein?

Des Paares war so überrascht, daß keines von
beiden sofort zu antworten vermochte. Klaus
stand stumm, klopfte, als er noch des Na-
mens banten Red, die Namen zusammen, und
Fräulein machte ihre schönsten Anträge.

Sie erholte sich aber zuerst von ihrem Schreck,
sah Graf Ramsau mit ihren blauen Augen, in
denen sich eine kindliche reine Seele spiegelte, schü-
delte und doch strebend freundlich an und entgeg-
nete:

Mit Verlaute, gnädigster Herr Graf, ich bin
die einzige Tochter vom Kumpelhof, und ich gern
auch zur gnädigen Frau Gräfin gehen, lieber noch

der sorgfältigen Einschränkung der Ausgaben auch
eine Erhöhung der Taxe, und zwar
der Personaltaxe, die besonders der
Gütertaxe für unvermeidlich. Die
Taxerhöhung soll zum mindesten im Güterverkehr
nicht in der Form eines progressiven Zuschlags
veranschlagt werden, sondern im Wege der Ab-
senkung je nach der Tragfähigkeit der einzelnen
Güter erfolgen. Die Taxerhöhung soll so durchge-
führt werden, daß die Rückkehr zum alten Stande
möglichst bald, der nicht durch Verschärfung oder
andere Maßnahmen gestiftet werden kann. Es er-
scheint wünschenswert, mit der Durchführung dieser
Maßnahmen nicht bis zum Beginn des neuen Haus-
haltsjahres zu warten.

Die Entente und Griechenland.

in London, 26. Novbr. Die die „Times“
erläßt, wird das britische auswärtige Amt der
Rückkehr König Konstantins keinen Widerstand en-
gegenzusetzen, wenn sie von dem griechischen Volke
bezeugt wird, jedoch der neuen Regierung klar
machen, daß sie nicht dieselbe Unterstützung erwar-
ten könne wie Venizelos. — Das Blatt Lond
George, die „Daily Chronicle“ schreibt in einem
Beitrag: Obgleich sowohl die englische wie auch
die französische Regierung der Ansicht seien, daß es
unmöglich sei, unmittelbare Gewalt oder einen
Druck zur Anwendung zu bringen, um den König
Konstantin zu verbannen, so müßten doch einige
leichte Maßnahmen dem notwendigen Widerstand
der Alliierten Ausdruck geben. Ein von einem
schönen Historiker wie König Konstantin beherrsch-
tes Griechenland sei zur Durchführung des ihm in
Smyrna anvertrauten Mandats nicht geeignet.

Der Kumpelbauer.

Roman von E. Geyffert-Klinger.
(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ja, Fräulein, ja! Und ich weiß auch schon, was
ich mir zum gnädigen Herrn erbitten werde: die
Mittel zum Bau eines kleinen Hauses und ein Stück
Land zu einem kleinen Auenfeld. Wenn wir fleißig
sind, können wir auch vorwärts und ich kann dem
Herrn Grafen das vorgedachte Geld in Noten zu-
rückzahlen. Dann wird Du wenigstens nicht die
Frau eines gemeinen Knechtes, sondern heiratest
einen selbständigen Bauern.

Klaus, mein lieber Vorfahr, ich bin überglücklich
vor Freude! Wenn Du meinst, daß der gnädige
Herr so viel für Dich tut, o, dann kann es ja lan-
gen, wie es will, dann haben wir keine Sorgen!
Nicht im geringsten. Herzensstrahl! Und noch
mehr hat der gnädige Herr versprochen: ein reich-
liches Hochzeitsgeld. Wenn es an Möbeln für
die Wohnung fehlt, soll ich es nur sagen, er gibt die
Ausstattung.

Rein, so armfellig kommt' ich nicht zu Dir, Klaus.
Mein Willstest muß der Vater mir ausbleiben, das
kann und werde ich beantragen. Welch ein edler,
großmütiger Mensch aber ist der Herr Graf! Vor
seinem lieber, kleiner Junge sich auch nicht getraut
bei der Unachtsamkeit?

Rein, nein, der junge Herr ist wohlhabend und
fährt im Park sehr stolz seine Flegelkutsche ein; die
ist zwar auch schön, doch nur, wenn sie nicht
vornwärts rollen, aus Durchbrennen denken sie
nicht.

Du, Klaus, hast Du auch die gnädige Frau
Gräfin gesehen, und wie sieht sie aus?

Wie ein höheres Wesen, Fräulein! Man könnte
sie für eine Fee halten, so zart und engelähnlich ist ihr
Gesicht. Sie ließ mich heute vormittag auf die
Veranda kommen und dankte mir, indem sie mir die
Hand gab. Aber du hast ich mich dann benommen,
sahst so fleißig wie ein Hund da, konnte auch kein Wort
herausbringen, trotzdem ich ihr von Herzen per-
sonlich recht liebte und ungemein gefasst hätte.

Fräulein, ich bin glücklich und stolz, fürstlich
sich in ihrem Schatz ein paar wertvollste Stücke
Kumpelbauern aus der Stube. Was er erzählt, ist
ihm unendlich wohl, nach all dem häßlichen Kumpelbauern
dieses Tages.

O, wie freue ich mich mit Dir, Klaus, wie freue
ich mich! Die liebe, gnädige Gräfin, ach, könnte ich
sie auch einmal sehen, ihre freundliche Stimme
hören! Mein Vater schimpft und poltert den ganzen
Tag. Es ist kaum noch zu ertragen. Weist Du,
wenn ich es zu Hause gar nicht mehr aushalten
kann, dann bitte ich die gnädige Frau, mich in ihren
Dienst zu nehmen. So möchte ich jeden Wunsch aus
den Augen lesen, auf jeden Wink achten, ihr gern
und freudig dienen.

Du Fräulein, das ist eine Idee! Wirklich, Du
mußt auch auf's Schloß kommen! Dann werden die
gnädigen Herrschaften bald einsehen, daß wir es
wert sind, von ihnen unterstützt und gefördert zu
werden. Sie müßten uns reichlich auf die Probe
stellen, mir wollten ihr Vertrauen glänzend rechtfertigen!

Aber ganz gewiß, Klaus, doch ich's noch nicht so
weit, ich glaube, es hält schwer, ins Schloß zu
kommen!

Die beiden hatten keine Ahnung, daß sie be-
sichtigt wurden, und zwar von keinem geringeren
als dem Grafen selbst.

Der Herr Graf war ein schöner Mann,
nicht viel älter als Klaus, ein vornehmes, gütiges
Gesicht ließ erkennen, daß er seinen Untergebenen ein
gerechtes, wohlwollendes Herr war.

Klaus hatte durch seine Heilbesuche das
Leben seines einzigen Sohnes gerettet, dadurch
fühlte Klaus sich dem Grafen verpflichtet.
Außerdem aber fand er viel Sympathie für den
schlichten, treuerhuldigsten Menschen, in dessen Augen
sich die Grabschuld wiederholte.

Mit Vergnügen lauschte der Graf dem Ge-
spräche des jungen Paares. Vorherlag das er den
Sweiz einer Tanne ein wenig auseinander. Er war
ein begeisterter Verehrer des Schönen, liebte es ho-
her auch, in seiner Umgebung nur gesunde, hübsche
Menschen zu beschaffen.

Dieses Mädchen mit dem strahlenden Aus-
sehen, der blühenden Gestalt, ja, das wäre eine
Sonne für seine junge Gemahlin, die er anbetete.

Reichlich empfahlen trat er vor. Da könnte doch
wohl Rat werden, sagte er freundlich herablassend.
Wenn die Fräulein — er hatte den Namen ja mehr-
mals von Klaus gehört — durchaus gern auf
Schloß kommen will, so werde ich sie der gnädigen
Frau empfehlen. Möglich, daß sie noch Verwendung
für ein junges Mädchen hat. Wirst Du schon in
Stellung, Fräulein?

Des Paares war so überrascht, daß keines von
beiden sofort zu antworten vermochte. Klaus
stand stumm, klopfte, als er noch des Na-
mens banten Red, die Namen zusammen, und
Fräulein machte ihre schönsten Anträge.

Sie erholte sich aber zuerst von ihrem Schreck,
sah Graf Ramsau mit ihren blauen Augen, in
denen sich eine kindliche reine Seele spiegelte, schü-
delte und doch strebend freundlich an und entgeg-
nete:

Mit Verlaute, gnädigster Herr Graf, ich bin
die einzige Tochter vom Kumpelhof, und ich gern
auch zur gnädigen Frau Gräfin gehen, lieber noch

möchte ich auf dem Hofe meines Vaters bleiben
und den Klaus heiraten. Wir sind schon seit dem
vergangenen Sommer heimlich verlobt, aber heute
erst habe ich es dem Vater offenbart, daß ich kei-
nen anderen nehme, als den Klaus. Wenn der
Herr Graf so gütig sein möchte, bei meinem Vater
ein gutes Wort für Klaus einzulegen und unsere
Verlobung zu bestätigen, so würde mein Dank keine
Grenzen haben.

Klaus hatte aufmerksam zugehört und ver-
stehend mit dem Kopfe genickt. Nachdenklich schloß
er mit der Rechte über den wohlgepflegten blonden
Bart. So, ja, ich verstehe. Aber meine liebe
Fräulein, bei allem Wohlwollen für Euch beide kann
ich in der gewünschten Weise doch nicht helfen.
Wenn Dein Vater die Heirat verbietet, mein Kind,
so kann ich mich nicht einmischen. Ihn werden ja
triftige Gründe leiten, wenn er seinem einzigen
Kinde das ersehnte Glück vorenthält.

O Gott, sammelte Fräulein, bitter enttäuscht,
die Tränen drangen ihr so heiß und quälend in die
Augen, daß sie ein Kluckschlagen nicht unterdrücken
konnte. Die Häubler trübte meinen Vater bei sei-
ner Handlungswelt, nichts anderes wollte sie
sagen, aber sie schloß recht wohl, daß es unklug
und abstoßend geklungen hätte, darum unter-
drückte sie jede Bemerkung über ihren Vater.

Doch so tröstlich und bitterlich begann sie zu
weinen, daß es den Grafen rührte.

Ich will Dir etwas sagen, Fräulein, meinte er
bedächtig, wenn der Vater gar zu hart und zu
streng mit Dir ist, so daß Du es bei ihm nicht
mehr aushalten kannst, dann sollst Du im Dienst der
Gräfin jederzeit eine Stelle finden, dafür will ich
sorgen. Mehr kann ich nicht versprechen. Ich mag
nicht in Unfrieden kommen mit dem Vater vom
Kumpelhof. Aber ganz schuldig und verlassen sollst
Du auch nicht sein. Ist es Dir so recht?

Dank, laufend Dank, sammelte die Fräulein mit
ihren Tränen kämpfend, und, gnädiger Herr, ich
werde bald kommen, eine innere Stimme sagt es
mir!

Gut, Fräulein! Daß Du fleißig und fleißig bist,
sehe ich als selbstverständlich voraus.

Er riefte den beiden zu und wandte sich zum
Gehen. Nicht wohl erkannte er, daß diese unvor-
dachten, jungen Menschen für ihn und seine Fa-
milie durchs Feuer gegangen wären, ihre Herzen
hätten ja über nur Dankbarkeit. Aber es war
Grundlich des Grafen, seinen Untergebenen ein
gleichmäßig freundliches, nachsichtiges Verhalten zu
zeigen, zu großes Untergewissen vermehrte die
schlichten Kumpelkinder leicht. Umso empfänglicher
waren sie für aufrichtige Fürsorge und praktische
Hilfe, welche der Graf für seine Leute stets in Be-
reitschaft hatte.

Lange noch, nachdem der Aufbruch des Pferdes
verklungen war, das den Herrn besannend, stan-
den die Liebenden in stummer Umarmung, keines
Wortes mächtig, Fräulein stützte sie gegen Klaus,
der Würde aber betrachtete sie mit fast ehrwürdig
bemerkenden Blicken.

Woher Du den Hut genommen hast, Fräulein,
so frisch von der Feder weg mit dem Herrn Grafen
zu reden, das ist mir ein Rätsel, meinte er endlich.
Gnädigster Herr hat er es nicht selbst genommen.
Aber wie es lieber nicht ein zweites Mal, es könnte
ihn doch vielleicht verhaspeln.

Da Fräulein wagte, daß der gnädige Herr
nicht mehr in der Nähe war, wurde sie lebendig.
Der Herr Graf wird gewiß nie böse darüber sein,
männ ich ihm vertrauensvoll meine Not klage. Und
paß nur auf, eher als mir daran denken, bin ich im
Schloß. Dann kann Vater mit Klaus meine
Verlobung haben, so viel es will.

So verging die Nacht auf diesem Abend war
Fräulein lange nicht gewesen. Freilich, von Zeit zu
Zeit kam es ihr zum Bewußtsein, daß sie mit
ihren achtzehn Jahren noch unendlich von dem
Willen ihres Vaters abhänge. Aber besah sie nicht
auch eine Waise gegen ihn? Hatte er nicht ge-
willen, seinen Willen gegen sie zu setzen, als sie ihn
als die erste Schicksalsgefahr, mit der sich vielleicht
sogar eine Schuld verknüpfte?

Wohlgemut sah sie der Zukunft entgegen.
Morgen auch erste Stunden konnten kommen. Gott
würde sie nicht ganz verlassen, das hatte er ihr be-
reits bewiesen.

8.

Der Wind wehte lang den ganzen Tag. Er
hatte eine wohlklingende Stimme.

Es war ein geräuschiges Haus, in welchem
Fräulein eigentlich als Bauerin hätte warten sollen.
Herbst und Winterstürme konnten nicht nur über
das rote Flegelbad und um die alten Mauern, sie
fanden auch so manche Ritze, durch die sie in Flur
und Kammer pusten und furchen konnten und zwar
des nachts manchmal in recht unheimlichen Tönen.
Dazu kam noch, daß der Wind gern die Feuerung
sparte, es durfte alles nicht viel kosten, so manches
was der einfache Arbeiter nicht gern entbehrt,
war zu einer warmen Stube im Winter gehört, er
klärte Klaus für August.

Wie mußte er die Fräulein lieben, daß er jetzt
das Geld mit seinen Händen ausgab und sich nicht
genug tun konnte in der Ausbesserung der guten
Stube und eines zweiten traumhaften Zimmers,
welches für die neue Herrin bestimmt war.
(Fortsetzung folgt.)

Spiel und Sport.

Am kommenden Sonntag trifft der Hochheimer
Sportverein 1909 auf einen seiner Hauptkontrahenten
den Sportverein 1910 Deggheim. Die 1. Mannschaft Hoch-
heims tritt in weißer Ausstattung an. Die 2. Mann-
schaft steht im Primärkostüm: der gleiche von Degg-
heim gegenüber. Um 10 Uhr morgens treffen sich
die 1. Jugendmannschaft der Kumpelhof-Fußball-Vereinigung
1909 und die gleiche vom Sportverein Hoch-
heim. Spielbeginn der 2. Mannschaften um 1 Uhr,
1. Mannschaften um 2½ Uhr.

Geschäftlicher Kameleil.

Großer Schuttschall! Wie in Wiesbaden
sowie in Orten des Rheingebietes soll auch hier in
Hochheim endlich praktische Arbeit geleistet werden.
Einer Abbau folgen die Preise für alle Lebensmit-
tel und Klebwaren (Kaffee, Zucker) und es da ein
großes Verbleib der Gewerkschaften, die den Trei-
ben einen Mann entgegenzusetzen, daß
dies sehr mit dem Verlust verbunden. Als arbei-
ten die haben durch den Verlust: Zeit, Schu-
den und Klebwaren: einseitig und auch uns ist
es zu zeigen, dem nachzukommen. Am Freitag und
Samstag von 10-7 Uhr und Sonntag vorm. 10-2
Uhr ist das Gewerkschaftsamt Wiesbaden große
Böden: Schuttschall zum Verkauf. Namhaft in
Arbeitsstunden für alle Vereine wird groß. Auswohl
geboten werden und für nur gute Qualität wird
weiterverkauft. Geranien geblüht. Auch warme Win-
terdecken kommen zum Verkauf und wird es sich
empfehlen, dem Unternehmen die größte Bedeutung
zugewenden. (40493)

Bermittlertes.

Moskern. Infolge der eingetretenen Frost-
wetterung hatte man in der letzten Woche eine größere
Anzahl Arbeiter zu den Aufräumungsarbeiten auf
der Burg Witz bezugsgekauft, um die notwendigen
Abdeckungsarbeiten und Schutzvorrichtungen nach der
Einnahme des Winteranfangs vorgenommen zu haben.
Von den 12 Arbeitern ist jetzt bekannt, daß die Burg
Witz wieder besetzt werden kann.

Scheiderhütte. Hier ist ein 15-jähriger Arbeiter
tödtlich verunglückt. Er wollte wahrscheinlich verbot-
mäßig den Aufzug am Apparat betreten, den er in
Bewegung gesetzt hatte; er geriet dabei zwischen Auf-
zug und Schachtwand und wurde zu Tode gequetscht.
Mannheim. Mittwoch nachmittag brach in den
Fabrikumkleiden der Firma Gröbbs und Kob-
lenzwerkzeug-Fabrikgesellschaft in Rheinau ein
Brand aus. Ein Gebäude brannte nieder. Der
Gebäude- und Inventarschaden wird auf 250 000 Mk.
geschätzt.

in Heidelberg. Die Tochter des Reichsprä-
sidenten Obert ist seit einiger Zeit als Hilfsarbeiterin
zwecks Erlernung des Berufes als Bibliothekarin an
der hiesigen Universitätsbibliothek tätig.

Tallagen. In Freidenen hat ein Großfeuer
acht Wohn- und Oekonomengebäude eingeäschert,
wodurch 18 Familien obdachlos geworden sind.

Neuere Nachrichten.

in Berlin, 26. Novbr. Der aus dem Sachver-
ständigen-Rat des Reichswehrministeriums ge-
bildete Exekutiv-Ausschuß hat in seiner gestrigen
Sitzung folgende Entschlüsse gefaßt. Der Exekutiv-
ausschuß hat für die Deckung des Eisenbahnbedarfs neben

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Betrifft: Viehzählung am 1. Dezember 1920.
Am 1. Dezember 1920 findet eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Kindschafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Geflügel.
Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, wenn möglich am Tage der Zählung selbst anwesend zu sein, andernfalls muß eine mit den Verhältnissen vertraute Person zur Verfügung stehen, um den Zählern die erforderlichen Angaben zu machen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Nichterfüllung der Anzeigepflicht, ebenso wie die fahrlässige oder willkürliche Erstattung unrichtiger Angaben mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft wird.
Hochheim a. M., 23. November 1920.
Der Magistrat. Krz b ä d e r.

Bekanntmachung betr. Straßeneinrichtung.
Folgende Bestimmungen des Ortsstatuts vom 2. Oktober 1915 werden zur genaueren Befolgung bekannt gegeben:

§ 2 Abs. 2: Die Reinigungspflicht umfaßt auch die Befestigung des Gehsteigs und sonstigen Trottoirs, das Freilegen und Aufheben der Bürgersteige, Straßen und Straßenrinnen, von Schmutz, das Aufheben von Schnee und Eis sowie das Entfernen und Beseitigen festgetretenen Schnees, das Bestreuen des Gehweges und der Bürgersteige mit abkühlenden Stoffen.

§ 4: Bei Frostwetter ist das Ausschütten oder Entleeren von Wasser auf die Straßen und in die Straßenrinnen ohne besondere polizeiliche Genehmigung verboten.

Wird die Genehmigung erteilt, dann hat der Betreffende alles Eis, das sich bildet, sofort zu beseitigen und die Rinne stets vom Eise frei zu halten u. zwar auch außerhalb der Grenzen seines Besitzes bis zur Grenze des Stadterbes.

Unordnungen werden aufgrund der Polizeiverordnung vom 24. November 1916 (Stadtanzeiger von 1917, Nr. 12) bestraft.
Hochheim a. M., 23. November 1920.
Der Bürgermeister. Krz b ä d e r.

Warnung.

Das Fußballspielen der Jugend und hauptsächlich der schulpflichtigen Jugend in den Straßen hat in letzter Zeit einen Umfang angenommen, der an Umfang grenzt und zu lebhaften Klagen der Bewohner Veranlassung gibt.

Durch diesen Unfug sind wiederholt erhebliche Schäden durch Zerschmetterung von Scheiben, Beschädigung von Licht- und Telegraphenleitungen verursacht worden.

Die betreffenden Täter oder deren gesetzliche Vertreter sind für die Schäden haftbar und werden außerdem bestraft.

Hochheim a. M., den 20. November 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister. Krz b ä d e r.

Bekanntmachung.

Verschiedene Vorkehrungen der letzten Zeit veranlassen uns erneut, darauf hinzuweisen, daß Wohnungen nur mit Zustimmung des Wohnungsamtes rechtswirksam vermietet werden können und dürfen. Ferner, daß jeder unbewußt liegende Raum, gleichviel ob er vermietet werden soll oder nicht, ob möbliert oder leerstehend, innerhalb 24 Stunden, nachdem er frei wird oder feststeht, bei dem Wohnungsamt gemeldet werden muß.

Wohnungsbesichtigungen durch eine Wohnungsfeststellende Kommission sind nur mit entsprechendem Ausweis versehenen Personen gestattet. Mieter, welcher ohne Zustimmung des Wohnungsamtes eine Wohnung mietet oder bezieht, macht sich strafbar und setzt sich zugleich der Gefahr aus, daß sie ausgesagt werden, was die Gemeinde laut Gesetz gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920, bestraft ist. Auch Personen, welche sich jetzt ein Haus kaufen, unterliegen betreffs Zustimmung einer Wohnung in ihrem eigenen Hause den gleichen Bestimmungen. Es verdient sich, darauf hinzuweisen, daß verschiedene Vermieter der irrthümlichen Meinung sind, daß ein vom Wohnungsamt ausgestelltes Urteil von der Gemeindeverwaltung oder sonst einer höheren Verwaltungsbehörde revidiert werden könne bezw., daß sie gegen Entscheidungen des Wohnungsamtes beim ordentlichen Gericht Klage führen aber sich sogar mit Gewaltthätigkeiten Vorverurtheilungen widersetzen können. Die Entscheidungen sind endgültig und jedes ordentliche Gericht wird die Zuständigkeit in diesen Fällen ablehnen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß wir infolge des immer größer werdenden Wohnungsmangels vor jedem Zugang warnen. Nur in den dringenden Fällen können solchen Personen, welche aus dringenden Gründen ihres Verweiles zu ziehen wollen, oder Flüchtlingen aus abgetrennten deutschen Gebieten Zugangsgenehmigungen erteilt werden.

Hochheim a. M., den 25. November 1920.

Der Magistrat. Wohnungsamt.

Krz b ä d e r.

Bekanntmachung.

Im Nachstehenden werden die Bestimmungen des Reichsweingegesetzes vom 7. April 1909, soweit sie sich auf die Anzeigepflicht der Weingärtner betreffen, oder Wein zu kochen, sowie auf die Herstellung von Hauswein beziehen, bekannt gegeben, mit dem Bemerkten, daß die vorgeschriebenen Anzeigen bei dem Gemeindevorstand (Magistrat) schriftlich zu machen sind.

§ 3. Dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein bei Herstellung von Wein, auch der vollen Traubenmost, darf Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zugesetzt werden, um einem natürlichen Mangel an Zucker bezw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure (sowohl abzuheben, als es der Beschaffenheit der aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisse entspricht). Der Zusatz an Zuckermasse darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit betragen. Die Zuckermenge darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember des Jahres vorgegeben werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember bei ungezuckerten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Die Zuckermenge darf nur innerhalb der am Weinbau beteiligten Gebiete des Deutschen Reiches vorgegeben werden.

Die Weingärtner, Traubenmost, Most oder Wein zu kochen, ist der zuständigen Behörde anzuzeigen. § 11, Abs. 1 und 4. Wer Wein gemeindegemäß

in Verkehr bringt, ist verpflichtet, der zuständigen Behörde die Herstellung von Hauswein unter Angabe der herzustellenden Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzuzeigen. Die Herstellung kann durch Anordnung der zuständigen Behörde beschränkt oder unter besonders Aufsicht gestellt werden.

Die als Hauswein hergestellten Getränke dürfen nur im eigenen Haushalte verwendet werden oder ohne besonderen Einlage an die in seinem Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Gebrauch abgegeben werden. Bei Auflösung des Haushalts oder Aufgabe des Betriebs kann die zuständige Behörde die Veräußerung der etwa vorhandenen Vorräte von Hauswein gestatten.

§ 29. Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen wird bestraft:

1. Wer vorsätzlich die nach § 3 Abs. 1 und nach § 11 Abs. 3 vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet, oder den auf Grund des § 11 Abs. 3 erteilten Anordnungen zuwiderhandelt. Nach dem Erlasse des Herrn Ministers für Volkswohlstand vom 30. 7. 20 sind in der Durchführung einige Erleichterungen dadurch geschaffen, daß:

a) Schenkwirthe, Lebensmittelhändler, Krämer und sonstige Kleinverläufer von Wein an Stelle des Weinbushes nach Muster F die nach dem Weinbushgesetz zu führenden Bücher nach Muster 12 und 13 verwenden dürfen, wenn in Spalte Bemerkungen des Weinbushes ein Vermerk darüber aufgenommen wird, ob der dort gebuchte Wein gezeugt ist oder nicht.

b) die ordnungsmäßige Führung des Weinbushes nach Muster 12 und 13 und gleichzeitig des Kellerbuchs nach Muster A oder B, das Weinlagerbuch D entbehrlich macht, jedoch Betriebe, die Zucker zusetzen, nicht von der Pflicht zur Buchführung nach Muster C befreit.

Hochheim a. M., den 24. November 1920.

Die Polizeiverwaltung. Krz b ä d e r.

Anzeigenteil.

Achtung! Achtung!

Jak. Georg

Mainz-Kost ein Hochheimer Str. 48

Kleingewerbetreibender.

Empfehle ich im Verkauf

von Herren- und Damenstoffen

für Anzüge für Kostüme

Reelle Bedienung weit unter

Ladenpreis, für Schneider

sehr empfehlend.

L. Hochheimer & Co., Germania

Kommenden Samstag, den 27. November

1920, 7½ abends im Gasthaus „Zur Rose“

äußert wichtige

Versammlung

Wohnungsbau, pünktliches Erscheinen dringend

erbeten.

Der Vorstand

Kürschnerei R. Urban

vereint mit Pelzhauts Zubehör- und Stoffe

Frankfurt a. Main, Bierbergstraße 7.

a. d. Hauptstraße Tel. Haus 3507

Preiswerte

Pelzwaren

eigener Herstellung.

Singerichtet!

Sind die Augen auf das große Portrait

als Weihnachts-Geschenk. In dem

Wetter Hirschheim, Hochheim a. M.

Wilhelmstraße 12 erhalten Sie nach

jeder Photographie eine Vergütung

und bietet Ihnen daselbst weitestgehende

Garantie für solide und saubere Aus-

führung. Nehmen Sie daher die große

Auswahl in modernen Bilderrahmen.

Auf obiges Angebot werden bis auf

weiteres noch Weihnachts-Aufträge an-

genommen.

Altstier Hirschheim

Hochheim a. M., Wilhelmstraße 12.

Geöffnet täglich bis abends 8 Uhr.

Reparaturen

v. Uhren, Ketten, Broschen u. Ringen

werden weiter angenommen und sorgfältig repariert.

Kreuzer

Schmucksachen aller Art.

Frau Diefescheid Wwe.

Hochheim, Wolkersstraße 14.

Großer Preisabschlag!

Dunkle
Naturhaar-

Zöpfe mit kurzer Kordel
von 35.— Mk. an
Teile onduzierte
von 15.— Mk. an
Unterlagen mit Deckhaar
von 20.— Mk. an

Bei Bestellung von auswärts genügt Einsenden einer Haarprobe.
Anfertigung aller Haararbeiten auch von ausgekämmten Haaren.
Detle, Wiesbaden, Michelberg 6.



J. HERTZ

WIESBADEN, Langgasse 20.

Besonderes Angebot

140cm breite

reinwollene

schottische Plaidstoffe

Mark 85.—.

Die Stoffe sind im Schaufenster ausgestellt.

Achtung! Nur 4 Tage! Achtung!

Donnerstag, Freitag, Samstag von morgens 10 Uhr bis abends

7 Uhr und Sonntag vormittag von 10—2 im

Saalbau „Zur Eintracht“ in Hochheim

Verkauf großer Posten

= Schuhwaren =

zu den billigsten Preisen.

300 Paar Arbeitsschuhe

sowie alle Arten Männer-, Frauen-, und Kinder-Schuhe

in nur guten Qualitäten

Warme Winterschuhe für Männer, Frauen und Kinder

Gewerkschaftskartei Wiesbaden u. Umgegend.